

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 68 (1974)
Heft: 11

Artikel: Wer Frieden herstellen will, muss die Welt verändern
Autor: Picht, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142409>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zum Schluß befaßt sich Prof. Needham mit der oft gehörten Kritik am sogenannten Personenkult um den Chairman Mao und bekennt, daß er bei seinem letzten Besuch persönlich weder beunruhigende noch unangenehme Eindrücke von der Huldigung an Mao hatte, besonders nachdem er die Politik der rechten und linken Gegner mit dem vernünftigen und, wie es sich herausstellt, erfolgreichen mittleren Kurs des Steuermanns Mao zu vergleichen Gelegenheit hatte. Red.

Zusammenfassung eines Vortrags in «Eastern Horizon». Vol. XII. No. 2

Wer Frieden herstellen will, muß die Welt verändern

Nachstehende Ausführungen, als Schluß einer Rede, die Prof. Georg Picht, Heidelberg, auf der Bonner Tagung der «New School of Social Research hielt, weisen in unanfechtbarer Weise nach, wie schwer, ja beinahe unüberwindbar die Hindernisse noch sind, die unsern Weg zu einem wirklichen Frieden versperren. Wir entnehmen diesen wertvollen Beitrag der «Jungen Kirche» (10/74). Red.

Die schlimmsten Bedrohungen des Friedens ergeben sich weder aus dem Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus noch aus dem Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern, sie folgen aus der unüberbrückbaren Antinomie zwischen der Eigendynamik des technisch-ökonomischen Prozesses und den veralteten politischen Organisationsformen der heutigen Welt.

Politiker sind in ihrem Denken wie in ihrem Handeln Repräsentanten jener Verfassungsformen, auf denen ihre Macht beruht. Sie halten für «real» nur das, worüber sie verfügen können, und was in ihrem Gehege machbar ist. Probleme, mit denen sie nicht fertig werden, wischen sie als Phantastereien vom Tisch und meinen, sie damit beseitigt zu haben. Ein Berufspolitiker, der etwas auf sich hält, wird deshalb immer verkünden müssen, die Beschäftigung mit den Strukturproblemen der heutigen Zivilisation sei nichts als ein utopisches Geschwätz. Aber die Strukturkrise der modernen Welt wird nicht dadurch beseitigt, daß man sie totschweigt. Im Kalkül der Wahrscheinlichkeit hat die negative Utopie einer Selbstzerstörung der Menschheit schon jetzt weit höhere Werte erreicht als alle politischen Planungen, die mir bekannt sind. Die sogenannten politischen Realitäten verwandeln sich angesichts dieser negativen aber nur allzu realistischen Utopie in Fiktionen. Die Politik erscheint im Licht der Aufgaben, die sie nicht bewältigen

kann, immer mehr wie ein Gespenstertanz. Wer realitätsgerecht denken will, muß utopisch denken. Nachdem die Menschheit hundert Jahre lang technische Utopien in einem Umfang verwirklicht hat, der alle Science fiction hinter sich läßt, kann sie die so geschaffenen Realitäten nur durch politische Utopien einholen. Zu einer Utopie, die Wunschträume erfüllt, ist uns in der heutigen Weltsituation kein Raum mehr geblieben. Es gibt nur noch eine einzige Utopie, ihre Realisierung ist unwahrscheinlich gering.

Diese letzte, aber unausweichliche Utopie in unserer Geschichte ist jene Minimalform des Friedens, als die sich ein Weltzustand beschreiben läßt, der das Ueberleben der Menschheit garantieren könnte. Die Wissenschaft vom Frieden, die wir nicht haben, müßte Modelle für jenes Mindestmaß an supranationaler Administration des Planeten entwickeln, das erforderlich wäre, um die sich abzeichnenden Katastrophen zu mildern. Sie müßte außerdem untersuchen, wie die gegenwärtige Ordnung in solche Modelle transformiert werden kann. Mit konservativen Methoden ist das nicht möglich, Revolutionen würden einen Kollaps aller jener Systeme zur Folge haben, von denen die Subsistenz der Menschheit heute abhängig ist. Unsere Hoffnung beruht darauf, daß der Zwang der Not die Gemeinschaft der Staaten zu den erforderlichen Souveränitätsverzichten und zu vernunftgemäßen kollektiven Aktionen veranlassen könnte.

Ich bin weder in der Lage, ein neues Friedensmodell vorweisen zu können, noch vermag ich wie ein Taschenspieler das Rezept für seine Realisierung aus dem Aermel zu ziehen. Ich beschränke mich deshalb darauf, mit einem bewußten Mangel an Präzision einige Minimalforderungen des Ueberlebens aufzuzählen. Diese Minimalforderungen umschreiben die reale Basis, auf die sich der Begriff des Friedens in der heutigen Welt allenfalls noch beziehen könnte. Wir brauchen:

1. Einen effizienten Lastenausgleich zwischen den Nationen, der dafür sorgt, daß den hungernden zwei Dritteln der Menschheit ökonomisch wenigstens das Existenzminimum gesichert wird.
2. Eine supranationale Verwaltung der Nahrungsmittelressourcen des Planeten.
3. Eine supranationale Verwaltung der Rohstoff- und Energievorräte.
4. Eine Abrüstung und Rüstungskontrolle, die so durchgreifend ist, daß es technisch unmöglich wird, einen Weltkrieg zu führen.
5. Die Einrichtung einer supranationalen Instanz, die die Vollmachten besitzt, die nötig sind, um die schlimmsten Formen der globalen Pollution, insbesondere die Verschmutzung der Ozeane, wirksam zu bekämpfen.

Ich habe mich auf die Aufzählung einiger der Minimalbedingungen für die Fortexistenz der Menschheit beschränkt. Es wäre eine Illusion zu meinen, daß die Staatenwelt, so wie sie heute ist, sich auf diese Minimalbedingungen einigen kann. Kollektiver Selbstmord ist wahrscheinlicher als kollektive Selbsterhaltung. Der nur durch den Zwang der Not mögliche Lernprozeß wird erst unter Bedingungen erfolgen, die bisher noch nicht eingetreten sind. Zu einer wirksamen Abrüstung wird es erst kommen, wenn die Staaten ihre Rüstungen nicht mehr bezahlen können. Wirksame Maßnahmen gegen den Hunger sind erst zu erwarten, wenn die Hungerkatastrophe einen solchen Umfang angenommen hat, daß die dadurch ausgelösten politischen und ökonomischen Erdbeben auch die Fundamente der reichen Staaten erschüttern. Die gigantischen Anstrengungen, die erforderlich wären, um die globale Pollution zu bekämpfen, werden erst einsetzen, wenn es zu spät ist. Ein internationaler Lastenausgleich ist vermutlich nur durch eine Weltwirtschaftskrise möglich, die auch die reichen Länder ihres Wohlstandes beraubt und ihnen damit zugleich die Mittel nimmt, den Armen zu helfen. Frieden ist in der heutigen Welt nur um den Preis einer drastischen Beschränkung des politischen, militärischen und wirtschaftlichen Besitzstandes der reichen Nationen und ihrer Gesellschaften zu haben. Weil die Politiker nur zu genau wissen, daß sie die Macht nicht besitzen, solche Verzicht zu erzwingen, sind sie für diese Einsicht unzugänglich. Das Studium der Bedingungen des Friedens gerät um so tiefer in ein politisches Vakuum, je mehr es sich auf jene Realitäten einläßt, die dem Zugriff der Politmanager entzogen sind. Da sich die Wissenschaft vom Frieden mit der Machtlosigkeit der Machthaber zu beschäftigen hat, wirkt sie als eine politische Illusion. Das darf uns nicht daran hindern, Ressourcen des Denkens zu erschließen, die die Welt brauchen wird, wenn ihr die übrigen Ressourcen ausgehen.

Wer stützt das Regime Thieu in Vietnam?

Am 17. Oktober dieses Jahres soll, gemäß dem «WRI-Newsletter», Nr. 1, von der Weltbank organisiert, nach Paris eine Zusammenkunft einberufen worden sein, die vor der Öffentlichkeit geheim bleiben sollte. Als Teilnehmer werden die Asian Development Bank, der International Monetary-Fund verzeichnet, wie auch Vertreter von verschiedenen internationalen Bankplätzen, welche sich positiv oder negativ für die Traktanden interessierten. Schweden soll bei den Bestrebungen zur